

prominenten Platz in der öffentlichen Diskussion erlangt. Ohne Flexibilisierung von Löhnen und dem Arbeitsmarkt, so der Tenor, seien deutsche Unternehmen nicht von massiver Verlagerung ihrer Produktion ins Ausland abzubringen. Die Reformpläne der rot-grünen Regierung trugen dem Rechnung in Form der geplanten Agenda 2010. Krise und der Wahlkampf 2001/2002 lieferten der Standortdebatte neue Munition. Kulminationspunkt waren dann die Lohnforderungen der IG-Metall, die auch im internationalen Vergleich und bei Inrechnungstellung des Abschlags in Verhandlungen kaum anders denn exorbitant bezeichnet werden konnten. Sie brachten den Metallern und den Gewerkschaften insgesamt den Schwarzen Peter ein. Hohe Lohnforderungen bekamen den öffentlichen Stempel des Unsozialen und Unverantwortlichen, Flexibilisierung und Lohnmäßigung dagegen ihre Weihe.

Bruff liefert eine gut fundierte und zuweilen interessante Analyse der wirtschaftspolitischen Entwicklung der Niederlande und Deutschlands, und seine vergleichende Studie bringt Besonderheiten hervor, die sich einer Einzelbetrachtung verschließen. Etwas mehr Ausführlichkeit wäre allerdings wünschenswert gewesen, und dasselbe muss man von der Einbeziehung wirtschaftlicher Daten sagen. Wie war die Beschäftigungslage der beiden Länder denn genau, wie entwickelte sie sich in den letzten Jahrzehnten, wie flexibel oder rigide waren die Arbeitsmärkte usw.? Diese Dimension fehlt völlig im Buch. Das Gramsci-Korsett, dem Bruff anhängt, ist zu sehr auf eine einfache Klassendichotomie ausgerichtet und daher vielleicht doch ein wenig zu verstaubt für eine fruchtbare Analyse. In der empirischen Analyse des Autors bemerkt man dieses Korsett aber kaum.

*Uwe Becker,  
Universität von Amsterdam*

**ANNEGRET BENDIEK / HEINZ KRAMER (Hrsg.):  
Globale Außenpolitik der Europäischen Union.  
Interregionale Beziehungen und »strategische Partnerschaften«**

Baden-Baden 2009

Nomos, 237 S.

**G**leich vorweg: Der Titel verspricht mehr als geboten wird. Es handelt sich um keine Gesamtschau der EU-Außenpolitik, vielmehr werden verschiedene Regionen und Partnerschaften ausgewählt und unterschiedlich präsentiert. Die Erklärung der Herausgeber, warum etwa die Beziehungen zu Russland nicht behandelt werden (hier ginge es um die Gestaltung der Ordnung in Europa, was nicht unter das Thema »globale Außenpolitik« falle) oder der herausgeberische Offenbarungseid, dass eine Darstellung der Beziehungen zu den USA einfach deshalb nicht erfolgt, weil dies zu umfangreich wäre, sind mehr als dürftig und weder wis-

senschaftlich noch methodisch nachvollziehbar. Es lässt sich wohl eher damit erklären, dass es sich beim vorliegenden Buch um die Ergebnisse einer Konferenz der Stiftung Wissenschaft und Politik am 9. und 10. Mai 2007 in Berlin handelt. Dass das Buch dennoch interessant ist und einen wissenschaftlichen Mehrwert liefert, liegt an den verschiedenen Beiträgen, von denen einige qualitativ besonders hervorstechen.

Die am Beginn stehende Darstellung von Bernhard Zepfer zu den Strukturen, Akteuren und Inhalten der EU-Außenpolitik ist jedoch eine glatte Enttäuschung. Der Text wirkt wie die Kompilation bestehender Textbausteine, mit allenfalls nötigen Überleitungstexten und ein paar Ergänzungen zur neuesten Rechtslage versehen. Es fehlt die stringente Darstellung eines Politikbereiches, der einer wissenschaftlichen Aufarbeitung harret. Besonders störend ist die unrichtige Bezeichnung von Akteuren und Organen (so wird etwa der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik als »Sonderbeauftragter für Außenpolitik« bezeichnet oder der im Entstehen befindliche Europäische Auswärtige Dienst als »Aktionsdienst« titulierte, der im Übrigen eine »neue EU-Institution« sei). Solche Unschärfen sind besonders ärgerlich, da der Autor selbst einmal stellvertretender Generalsekretär der EU-Kommission war.

Susanne Gratius gibt demgegenüber eine kompakte Übersicht zum Dialog und den Beziehungen der EU mit Lateinamerika. Nur manchmal verschwimmen ihr die Grenzen zum Karibik-Raum und somit eine klare Abgrenzung zwischen den Beziehungen zu Lateinamerika und dem komplexen und völlig anders garteten Kooperationsprozess mit der AKP-Gruppe.

Sven Grimm lässt in seiner Darstellung der Beziehungen zu Afrika nichts vermissen. Selten hat man bisher auf so kleinem Raum die Komplexität EU-Afrika so gut dargestellt gefunden. Seine Ausführungen zu den EPAs (Economic Partnership Agreements), die derzeit im Entstehen sind, gehört zu dem Besten, was man zu diesem Thema lesen kann.

Isabel Schäfer stellt sich in ihrem Beitrag zum Nahen Osten und Nordafrika die Frage, ob sich in dieser Region die Beziehungen vom Konzept des Regionalismus nicht zurückentwickeln zu einem schon überholt geglaubten Bilateralismus. Sie gibt einen eher historischen Überblick zur Entwicklung der Euro-Mediterranen Partnerschaft und geht kurz auf das Konzept und Instrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik ein. Spätestens hier wird dem Leser wieder schmerzlich bewusst, welche geographischen Regionen der vorliegende Band ausspart: Türkei, Westbalkan, Kaukasus-Region, Zentralasien – alles hochinteressante Gebiete und politische Hot-Spots, nur leider nicht in diesem Buch.

Sebastian Bersick gibt einen kompakten Überblick zu »EU und Ostasien«. In diesem Beitrag trifft man auch auf die USA, die als proaktiver Akteur in dieser Region anzusehen ist. Der Autor liegt in seiner Einschätzung richtig, wonach eine verstärkte Zusammenarbeit mit den USA eine Vorbedingung für eine kohärentere Außen- und Sicherheitspolitik der EU gegenüber Ostasien sei.

Christian Wagner liefert einen lesenswerten Beitrag zu den Beziehungen zu Indien. Eine im alltäglichen Diskurs zu kurz kommende Partnerschaft erfährt die ihr zustehende Beachtung. Höchst aktuell sind die Ausführungen zur WTO und den Diskussionen rund um die Verminderung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Lediglich die Einschätzung, wonach Indien und die USA sich außenpolitisch näherstünden, ist zu hinterfragen. Die Einstellung der USA gegenüber Indien hat sich zwar im Rahmen des »war against terrorism« etwas verändert, die jahrzehntelange Skepsis und Zurückhaltung gegenüber dem blockfreien Indien ist aber noch immer nicht von der Hand zu weisen (auch im Hinblick auf die Beziehungen zu Pakistan).

Dirk Nabers bringt die strategische Partnerschaft EU-Japan gekonnt auf den Punkt: ohne Probleme, ohne Substanz. Mehr ist auch hier dazu wohl nicht zu sagen.

Die China-Politik der EU behandelt Franco Algeri. Im Vorwort von den Herausgebern noch als »die wichtigste Partnerschaft« bezeichnet, relativiert der Autor die allgemeine China-Aufgeregtheit und identifiziert vier künftige Herausforderungen: 1. Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, 2. Fragen rund um den Status Chinas als »Marktwirtschaft«, 3. die anstehende Wertediskussion um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte, 4. Fragen rund um Waffenembargos als mögliche Sanktionsmöglichkeiten.

Anthony Seaboyer sieht in den Beziehungen zu Kanada Entwicklungspotenzial. Seine Schlussüberlegungen, wonach das politische Gewicht der EU und die enge Partnerschaft Kanadas mit den USA gebündelt für beide Partner die Chancen steigern könnte, effektiv mit der Regierung der USA zu kooperieren, und damit eigene politische Ziele auf internationaler Ebene leichter zu verwirklichen wären, sollte man jedenfalls weiterverfolgen.

Günther Maihold schließlich befasst sich mit der strategischen Partnerschaft mit Brasilien. Neben einer kompakten und umfassenden Darstellung dieser Beziehungen liefert dieser Beitrag – leider erst zum Ende des Buches hin – auch endlich die so sehnlichst erwarteten theoretischen Überlegungen zu den zentralen Fragen des Buches: interregionale Beziehungen und strategische Partnerschaft. Hier erst findet der interessierte Leser – soweit er bis hierher durchhält – das nötige theoretische Rüstzeug. Maihold definiert »strategische Partnerschaft« durch folgende Merkmale: politisches Kooperationshandeln im Sinne eines in bestimmten Feldern oder gegenüber bestimmten Akteuren gleichgerichteten Handelns; getragen von gemeinsamen Gestaltungsabsichten und Zielvorstellungen; idealerweise auf der Basis gleicher Rechte und Pflichten und gebunden an bestimmte Regeln von Exklusivität unter Reduzierung des Konkurrenzverhältnisses.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden: ein lesenswertes Buch, das zwar nicht alles liefert, was der Titel verspricht, dafür aber mit einigen wirklich aufschlussreichen Regionalbeiträgen entschädigt. Das Werk ist jedem zu empfehlen, der über genügend Vorwissen und Interesse verfügt. Als (einführender und) umfassender Überblick zum großen Thema der EU-Außenpolitik ist es jedoch

nicht geeignet. Dafür fehlt es an einer generalisierenden Darstellung, einer durchgehenden Methodik und schließlich auch an einem zentralen Literaturverzeichnis zum Thema.

*Stefan Brocza,  
Universität Wien*

## **Auf der Suche nach Vergleichsebenen – Alfred Grossers Annäherung an den Nahostkonflikt**

**ALFRED GROSSER:**

### **Von Auschwitz nach Jerusalem. Über Deutschland und Israel**

Reinbeck 2009

Rowohlt, 208 S.

**D**er offensive Buchtitel, »Von Auschwitz nach Jerusalem« legt zunächst die Vermutung nahe, es handle sich bei der neuen Veröffentlichung Alfred Grossers um eine weitere Stellungnahme zu dem spezifischen deutsch-israelischen Verhältnis und der Frage nach dem richtigen Umgang mit der Politik Israels.

Einleitend beantwortet der Autor jedoch zunächst zwei Fragen, die als wichtige erkenntnisleitende Hintergrundfolie dienen – wer schreibt hier und warum?

Der französische Publizist und Politikwissenschaftler Alfred Grosser muss für den deutschsprachigen Raum nicht erst entdeckt werden. Schließlich zählt er zu den aktivsten Beobachtern der Bundesrepublik und ist einer der wichtigen geistigen Wegbereiter der Annäherung und Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen seit der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Zu diesen Aufgaben, die er seit über 60 Jahren wahrnimmt, sieht er sich durch seinen biografischen Hintergrund regelrecht berufen. 1925 in eine jüdische Familie geboren, flieht er 1933 aus dem nationalsozialistischen Deutschland nach Frankreich. Bis zu seiner Emeritierung wirkt er als Professor für Politische Wissenschaft am Institut d'Etudes Politiques der Pariser Universität. Was ihn seitdem auszeichnet, sind seine engagierten kritischen Positionierungen zu politischen Themen, die frei sind von Ressentiments und falscher Sentimentalität. Kollektivschuld existiert in seiner Argumentation nicht, ein akademischer Duktus ist Grosser fremd. Aufklären und beeinflussen, bewusst gegen den politischen Mainstream agieren, dazu bekennt sich der Friedenspreisträger von 1975 auch in diesem Buch. Mit publizistischer Vehemenz positioniert er sich zu dem problematischen Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Israel. Seine persönliche Betroffenheit bildet dabei das Fundament und den ständigen Referenzpunkt seines normativ ontologischen Ansatzes. So ist auch »Von Auschwitz nach Jerusalem« eher das Glaubensbekenntnis eines Mittlers zwischen den Kulturen als die Expertise eines Nahostexperten. Des Weiteren ist der Titel auch irreführend, denn lediglich